



AUSSENSICHT

Alexandra Weiss meint, die immer größere soziale Ungleichheit schmälere auch die politische Gleichheit.

Feudale Verhältnisse?

Die Vermögensverteilung wird immer ungleicher, seit Kurzem gibt es auch konkrete Zahlen dazu. In Österreich besitzt das reichste ein Prozent rund 40 Prozent des Nettovermögens, während auf die unteren 50 Prozent etwa 2,5 Prozent entfallen. Seit den 1980ern nahm die Ungleichheit zu – nicht zufällig wurde zeitgleich das Ende sozialstaatlicher Massenintegration und staatlicher Steuerung eingeläutet. Deregulierung von Märkten, Atypisierung von Arbeitsverhältnissen oder der Abbau von sozialstaatlichen Leistungen sind Leitprinzipien neoliberaler Politik. Profitiert haben davon die oberen Schichten. Dass Frauen auch hier klar im Nachteil sind, überrascht kaum.

Die zunehmende soziale Ungleichheit gefährdet die politische Gleichheit der Bürgerinnen und

Offensichtlich wurde, dass nicht meritokratische Prinzipien über Positionen entscheiden, sondern die Nähe zur Macht.

Bürger. Soziale Sicherheit ist eine Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft. Wenn Arbeitsminister Kocher oder ÖVP-Wirtschaftsbundobmann Mahrer die Senkung des ohnehin niedrigen Arbeitslosengeldes fordern, stellen sie genau das infrage, schreiben die Prekarität der unteren Klassen fort und verstärken sie noch. Hier geht es nicht darum, Anreiz für Arbeit zu schaffen, sondern Menschen dazu zu bringen – oder zu zwingen – Arbeit zu jeder Bedingung zu akzeptieren. Zwang ist dabei ein Mittel gegen jene, die man nicht als Gleiche anerkennt.

Während Unterschichten in Billiglohn-Sektoren abgedrängt werden, klaffen an der Spitze Einkommen und Leistung immer weiter auseinander, wie der Fall des zurückgetretenen ÖBAG-Vorstands Schmid zeigt. Offensichtlich wurde, dass nicht meritokratische Prinzipien über Positionen entscheiden, sondern Beziehungen und die Nähe zur Macht. Ob das je anders war, oder ob vormoderne, ständische Prinzipien nicht immer schon ausschlaggebender für Aufstieg und Erfolg waren, darüber lässt sich streiten. Es wurde hier aber wohl eine neue Qualität erreicht. Neu ist auch, dass den unteren Klassen nicht einmal mehr die Illusion eines Aufstiegsversprechens bleibt, manchen nicht einmal bloße Existenzsicherung. Alle ihre Anstrengungen müssen ins Leere laufen, wenn allein Herkunft und Netzwerke über Lebenschancen entscheiden.

Während Unterschichten in Billiglohn-Sektoren abgedrängt werden, klaffen an der Spitze Einkommen und Leistung immer weiter auseinander, wie der Fall des zurückgetretenen ÖBAG-Vorstands Schmid zeigt. Offensichtlich wurde, dass nicht meritokratische Prinzipien über Positionen entscheiden, sondern Beziehungen und die Nähe zur Macht. Ob das je anders war, oder ob vormoderne, ständische Prinzipien nicht immer schon ausschlaggebender für Aufstieg und Erfolg waren, darüber lässt sich streiten. Es wurde hier aber wohl eine neue Qualität erreicht. Neu ist auch, dass den unteren Klassen nicht einmal mehr die Illusion eines Aufstiegsversprechens bleibt, manchen nicht einmal bloße Existenzsicherung. Alle ihre Anstrengungen müssen ins Leere laufen, wenn allein Herkunft und Netzwerke über Lebenschancen entscheiden.

Alexandra Weiss, Politikwissenschaftlerin, Innsbruck

PISMESTROVIC



Selbstschutz

KARIKATUR: SINISA PISMESTROVIC

IM BLICKPUNKT | EBRAHIM RAISI

„Richter Gnadenlos“ an der Spitze des Irans

Kritiker nennen den designierten Präsidenten einen „Massenmörder“.

Beliebt ist Irans designierter Präsident Ebrahim Raisi bei vielen Landsleuten nicht – aber gefürchtet. Ende der 1980er Jahre sei Raisi als damals junger Jurist von einer iranischen Stadt in die andere geflogen und habe Hinrichtungen angeordnet, erzählen sich ältere Iraner nach Angaben des Iran-Experten Eskandar Sadeghi von der Londoner Goldsmiths-Universität. Die Exil-Oppositionsgruppe NCRI nennt Raisi einen „Massenmörder“, und auch Amnesty International fordert Ermittlungen gegen ihn wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nach Einschätzung der US-Behörden machte sich Raisi auch bei der Niederschlagung von Protesten nach der manipulierten Präsidentenwahl von 2009 schuldig. Die USA haben Raisi mit Sanktionen belegt, was Auftritte im Ausland diplomatisch knifflig machen könnte. Doch der 60-Jährige dürfte sich davon nicht beeindrucken lassen. Das Präsidentenamt soll für ihn nur eine Zwischenstation zu noch höheren Weihen sein.

Raisi stammt aus einer frommen Fa-

milie in Maschhad im Nordosten des Irans und trägt den schwarzen Turban eines „Seyyed“, eines Nachfahrens des Propheten Mohammed. In der heiligen Stadt Qom studierte Raisi Theologie und islamisches Recht bei seinem heutigen Förderer, Revolutionsführer Ali Khamenei. Dass Khamenei in dem künftigen Präsidenten einen treuen

Anhänger sieht, steht fest. Indem

er Raisi den Wahlsieg sicherte, fachte der 82-jährige Khamenei auch Spekulationen an, wonach Raisi nicht nur als neuer Staatsoberhaupt auserkoren wurde, sondern auch als künftiger Revolutionsführer nach Khameneis Tod. Auch Khamenei war Staatspräsident, als er 1989

zum Nachfolger von Ajatollah Ruhollah Khomeini aufstieg. Allerdings könnten die Manipulationen bei der Präsidentenwahl und die niedrige Wahlbeteiligung die Position von Raisi geschwächt haben. Außerdem gibt es noch andere Mitglieder der Elite, die sich Hoffnungen auf die höchste Position im Staat machen, darunter Khameneis Sohn Mojtaba. **Thomas Seibert**



AFP